

Von der Verantwortung der ZEIT-Redaktion für Krieg und (Bürger-)Frieden

ein Brief mit Anmerkungen zu ZEIT-Artikeln und vier Anhängen
von
Tristan Abromeit

E-Mail: Abromeit@T-Online.de
WWW.Tristan-Abromeit.de

vom Februar 2003

an

DIE ZEIT

Anhang I:

- Brief von TA vom 22. Juli 1998 an Dr. Marion Gräfin Dönhoff
- Die Antwort vom 2. August 1998
- Brief von TA vom 21. September 1998 an Dr. Marion Gräfin Dönhoff
- Pro & Contra / Leserbriefe (DIE ZEIT vom 18. 8. 84)

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
3057 Neustadt 1

22. Juli 1989

Frau
Marion Gräfin Dönhoff
per Adresse
Zeitverlag ...
Postfach 106820
2000 Hamburg 1

**Die weißen Flächen auf der "Landkarte" der Berichterstattung
oder: Die alte und neue Schuld der Zeitungsmacher!
oder: Warum wir das Modell "Die Natürliche Wirtschaftsordnung"
den Lesern vorenthalten?**

Sehr geehrte Frau Dr. Dönhoff,¹

dieser Brief wurde am Tage des Gedenkens an den Widerstand gegen das Nazi-Regime gedanklich vorbereitet. Ich schreibe diesen Brief in Bad Ems, jenem Ort, der durch die "Emser Depesche" vom 13. Juli 1870 in die Geschichtsbücher Eingang fand. An dem folgenden Deutsch-Französischen Krieg hat auch mein Großvater - als Einjähriger von Ostpreußen einrückend - teilgenommen. Sein erster Sohn fiel im ersten Weltkrieg, ein anderer und Enkel im zweiten. Seine Frau und der Teil seiner Nachkommen, die noch nicht als "Wirtschaftsflüchtlinge" gen Westen gezogen waren, erlitten das Schicksal als Flüchtlinge. Ihrer Aussage in der Fernsehsendung vom 13. April '89 (Vis-a-vis, 3. Programm Nord), daß jede Familie in der Geschichte verwurzelt oder in ihr verwoben ist, kann ich nur zustimmen. Und ich glaube nicht, daß die Geschichtsbücher immer die Menschen namentlich benennen, die am meisten gelitten oder geleistet haben.

Dieser Einstieg verleitet mich, auf Ihren Artikel „Was heißt Widerstand?“ (Die Zeit vom 21. Juli) einzugehen. Ich will es aber nur kurz machen, weil es mich sonst von meinem eigentlichen Anliegen wegführt. Sie schreiben:

„Widerstandsrecht, soviel steht fest, ist Recht gegenüber einer verbrecherischen Obrigkeit oder derer, die sie errichten wollen. Es ist also das Recht auf soziale Notwehr.“

¹ Titel sind für meine demokratische Gesinnung (republikanische kann man ja nicht mehr sagen) ein Problem. Die „Gräfin“ ist überholt und nur noch eine Erinnerung und akademische Titel als Namensbestandteil demokratisch nicht gerechtfertigt. Wer so argumentiert, setzt sich leicht dem Verdacht aus, der Neid sei das eigentliche Motiv. Das ist bei mir aber nicht der Fall. Ich glaube aber. Sie haben sich einen demokratisch legitimen Titel verdient. z.B. Die große Hamburgerin aus Ostpreußen.

Sie gehen - so habe ich es verstanden - davon aus, daß ein demokratischer oder ein Rechtsstaat nicht verbrecherisch sein kann. Ich denke, das ist ein Irrtum. Die Mafia bliebe auch dann eine Verbrecherorganisation, wenn sie innerlich demokratisch strukturiert. Das Recht auf Widerstand kann man meiner Einsicht nach nicht von der Staatsform ableiten, sondern nur vom inneren moralischen Gesetz. Dieses mag unterschiedlich oder unscharf geprägt sein, es gibt keine bessere Instanz. Hitler und Stalin wurden doch nur möglich, weil sich zu viele Menschen an äußeren Instanzen orientiert haben. Desertation ist ein Begriff des Obrigkeitsstaates und mit der Koppelung an (Todes-)Strafe ein Instrument, den Willen von Individuen einer Herrschaft zu unterwerfen. Der Krieg ist eben nicht ein Deichbruch, ein in Not geratenes Schiff oder eine Feuersbrunst, wo eine kollektive Gefahrenabwehr geboten ist, sondern ein Produkt von Verblendung, Ehrgeiz, dem Streben nach Profit oder er hat seine Ursache in sozialökonomischen ungelösten Problemen.

Nicht der Deserteur ist der Schweinehund, sondern jener, der genau weiß, daß die Teilnahme an kriegerischen Handlungen seinen oder anderer Menschen Lebensinteressen widerspricht und Verlockungen folgt oder sich Drohungen beugt. Dem Deserteur gebührt genauso ein Denkmal wie dem Soldaten, der sich in Übereinstimmung mit seiner Einsicht geopfert hat. Und ein demokratischer Staat braucht zum Überleben Widerstand und Verweigerung, besonders dann, wenn er omnipotent wird wie der unsere und dazu eine mehr als problematische Willensbildung aufweist. Der Widerstand im Dritten Reich war gefährlich oder tödlich. Der Widerstand heute ist kompliziert und deprimierend. Der Widerstand findet in einer demokratischen Gesellschaft am besten in homöopathischen Dosen durch Aufklärung statt, Aufklärung über Ursachen vergangener gesellschaftlicher Katastrophen, über gegenwärtige Probleme und künftige Konflikte und deren Behebung oder Vermeidung. Sicher wird viel Papier bei uns bedruckt. Aber ist das alles Aufklärung?

Wenn die Republikaner jetzt Zulauf haben, dann hängt das doch wohl mit sozialökonomischen Spannungen, mit einer Vergangenheitsbewältigung, die mehr Ideologie als Tatsachenbeschreibung war, mit einer Perspektivlosigkeit unserer Gesellschaft und auch mit der Art zusammen, wie wir mit den verlorenen deutschen Ostgebieten umgehen. Ich habe schon vor über 20 Jahren innerlich und nach außen die DDR und Westgrenzen Polens anerkannt. Und die Ostgrenzen Polens scheinen mir auch nichtverrückbar. Die Anerkennung eines totalitären Staates und des Verlustes von Teilen Deutschlands ist die eine Seite. Wenn dies wirklich von der brei-

ten Bevölkerung akzeptiert werden soll, dann muß man auch aufzeigen, wie bei Verzicht von Gewalt, die Geschichte eine gute Wende erfährt. (Die Nassauer hier, die im deutsch-österreichischen Krieg von Preußen annektiert wurden, empfinden das heute bestimmt nicht mehr als Schmach.) So sicher es ist, daß Menschen das Bedürfnis nach nationaler Identität, nach Heimat und landschaftlicher Geborgenheit haben, so wahr ist es, daß Grenzen, die mehr als Verwaltungsgrenzen sind, daß Staaten, die glauben vorschreiben zu können, wie Menschen zu denken und zu sprechen haben ein Anachronismus sind. Jeder Mensch - so sagt Gesell, auf den ich nachher zu sprechen komme - hat, unabhängig von Rasse und Religion, einen Anspruch auf die ganze Erde. „Grenzen, die keiner mehr ändern kann“, so Ihr Titelseitennachbar Robert Leicht, darf es in diesem Sinne nicht geben. Außerdem: Der Limes, von dem hier noch Reste zu besichtigen sind, war auch einmal so eine Art Eiserner Vorhang.²

Im "Kur-Journal" von Bad Ems (6/89) berichtet Karl Billaudelle über die Emser Depesche und läßt zwei Zeitzeugen des Gespräches zwischen Wilhelm I. und Graf Benedetti zu Wort kommen. Der eine Zeitzeuge ist Houston Stuart Chamberlain, „Schriftsteller, geb. 1855, gest. 1927, Schwiegersohn Richard Wagners; vertrat die Theorie der Kulturüberlegenheit der nordischen Rasse; 'Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts'. ' Wahrscheinlich werden jetzt manchem Leser die Augen aufgehen; er wird den Zusammenhang verstehen zwischen dem Antisemiten Wagner, seinem Schwiegersohn mit der Rassenideologie und einem gewissen Hitler, leidenschaftlichem Wagner-Anbeter, manischem Antisemiten und Rassenwahnsinnigem, der ein Gutteil seiner verstiegenen Ideen eben jenem Chamberlain verdankte, dem jungen Emser Kurgast von 1870 und glühenden Vertreter jener Wahnidee, daß 'am deutschen Wesen die Welt genesen' könne.“ Und dann kann der Leser aufgrund der verinnerlichten „Vergangenheitsbewältigung“ ergänzen: Der Nationalsozialismus konnte sich in Deutschland breitmachen und sein zerstörerisches Werk beginnen, weil die Deutschen auch den Rassenwahn anheimfielen. Sie selber schreiben in „Weit ist der Weg nach Osten“ (Seite 218): „Revolutionen fallen nicht eines Tages vom Himmel, sie sind stets die Quittung für schlechte Politik. Ihre Ursachen sind entweder in wirtschaftlicher Misere zu suchen oder in politischer Unterdrückung oder in beidem zugleich. Der Anlaß dagegen, der Funke also, der das Pulverfaß zur Explosion bringt, ist häufig zufällig.“

² Grenzen sind ja nicht nur für die Deutschen ein Problem. Im Hamburger Abendblatt vom 11. Juli 1989 ist zu lesen: "Ungarn fühlt sich von Rumänien bedroht ... Hinzu komme noch die Erklärung des rumänischen Generalstabschefs, wonach es ungerecht sei, daß Gebiete zu Ungarn gehörten, in denen Rumänen leben, ..." Wenn man sich in den heutigen Staaten dieser Welt umhören würde, fände man sicher ähnliche Sätze in großer Anzahl.

Hitler ist auch nicht vom Himmel gefallen , zwar auch nicht durch eine Revolution und auch nicht durch eine Volksabstimmung, sondern er ist über den parlamentarischen Weg zur Macht gekommen. Und die gesellschaftlich-soziale Situation war doch eben so, daß er auch mit einer projüdischen Propaganda gesiegt hätte, wenn er dem Volk einen anderen Sündenbock - den er für sich und seine Politik brauchte - hätte präsentieren können. Warum beginnt die Geschichte der Schuld der Deutschen immer erst mit Hitler und nicht mit der Schuld der Demokraten, der Presse und der Siegermächte, die die demokratische Ordnung repräsentierten?

Die Weimarer Republik hat man aus ideologischer Blindheit nicht gesunden lassen, man hat sie verrecken lassen. Hitler war nur noch der Vollstrecker. Das Volk hat ihm - aus gleichen seelischen Quellen gespeist - zugejubelt wie Gorbatschow heute- (Womit ich nicht die Qualitäten beider Männer vergleichen will.) In beiden Fällen wurde der Volksseele eine Entlastung verschafft. Aber Hitler war nicht unvermeidbar. Mit dem theoretischen Rüstzeug von Adolf Damaschke und Silvio Gesell hätte eine sozialverträgliche Republik aufgebaut werden können, die sogar von den Kaiserstreuen, hätte akzeptiert werden können, aber die Politiker, die Presseleute und die Wirtschaftswissenschaft bildeten eine Koalition der Ignoranz.

Inflation, Deflation, ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung und die Arbeitslosigkeit, das waren damals wie heute keine unlösbaren Probleme. Sie und auch Ihr Mitherausgeber Ex-Bundeskanzler Schmidt sind ja doppelt betroffen: als Ökonomen und als Publizisten. Ist ihre sozialökonomische Aufklärung offener oder angemessener als jene Ihrer Kolleginnen und Kollegen in der Weimarer Zeit? Hat Glasnost und Perestroika in Ihrer Zeitung schon Einzug gehalten? Nicht erforderlich? Irrtum! Nein, ich sage nicht, daß DIE ZEIT kein kritisches Blatt ist. Nur angesichts der tatsächlichen und erlogenen Bedrohung aus dem Osten konnte 40 Jahre lang der gesellschaftliche Status quo als Fortschritt gefeiert und kommentiert werden. Freiheit Gleichheit Brüderlichkeit, das sind seit 200 Jahren nur Versprechungen. Das Freiheitspotential wurde nicht gesehen oder nicht genutzt, auch weil wir im Zeitalter der Herrschaft der faulen Kompromisse leben.

In dieser Welt, die unzulänglicher ist, als menschlicher Geist hinnehmen darf, trägt jede Befreiungsbewegung, die sich aufmacht, Unterdrückung zu überwinden, schon den Keim neuer Unterdrückung in sich. Und dies, weil die gehandelten ökonomischen Analysen und Problemlösungsangebote unstimmig oder falsch sind. Sie wissen sicher noch aus der Zeit Ihres eigenen Studiums oder aus den Gesprächen, die Sie geführt und aus dem Material, das Sie gelesen

haben, daß theoretische und politisch praktizierte Ökonomie viel mit Glaubenskriegen und wenig mit Wissenschaft zu tun hat. Allein wenn man das nebeneinander Veröffentlichen würde, was ein Examenskandidat der Ökonomie bei den verschiedenen Professoren oder Hochschulen von sich geben muß, um sein Diplom zu erhalten, käme viel Widersprüchliches und Schwachsinniges ans Tageslicht. Widersprüche im Erkenntnisprozeß und in der Lehre an sich scheinen mir natürlich und auch nicht schädlich zu sein, so lange sie nicht dadurch konserviert werden, daß andere Erkenntnis-Stränge in der Lehre ignoriert oder gar unterdrückt und der Öffentlichkeit vorenthalten werden.

Ignoranz und Unterdrückung, das muß die von Silvio Gesell begründete Freiwirtschaftsschule (Hauptwerk: Die Natürliche Wirtschaftsordnung) dieses sich vollendende ganze Jahrhundert hindurch ertragen. Diese Unterdrückung ist mit Ursache dafür, daß unzählige Millionen von Menschen vorzeitig sterben mußten oder nie ihr Lebensoptimum erreichen konnten, überprüfen Sie bitte, welche Rolle Ihre Zeitung dabei gespielt hat. Hin und wider taucht der Name Gesell, Freiwirtschaft oder Natürliche Wirtschaftsordnung in den Medien auf, aber nur so am Rande oder versteckt, daß der Leser die Bedeutung nicht erkennen kann. Ich nehme nicht an, daß das immer Böswilligkeit oder Laschheit der Zeitungsmacher ist. Da,wo Journalisten glauben, aus freiem Willen zu handeln, sind sie sicher häufig Sklave des gruppenspezifisch bedingten Konformitätsdruckes. Journalisten müssen sich dieser Tatsache mehr bewußt werden und sich wenigstens zeitweise von diesem Druck befreien, sonst können sie ihrer Aufgabe nicht gerecht werden.

Gunnar Heinsohn, Professor an der Universität Bremen, schreibt 1984 in einem Essay der Zeitschrift „Neue Praxis“, daß das in der Gesellschaft relevanteste Wort der „Zins“ ist. Daß aber in dem zweibändigen Werk mit 1166 Seiten des bedeutenden Gelehrten, Jürgen Habermas, das die gesellschaftliche Vergangenheit und Gegenwart beschreiben soll, das Wort Zins nicht vorkommt.

Zwei weitere bekannte Professoren äußern sich wie folgt: "99 Prozent der Menschen sehen das Geldproblem nicht. Die Wissenschaft sieht es nicht, die Ökonomie sieht es nicht, sie erklärt es sogar als 'nicht existent'. Solange wir aber die Geldwirtschaft nicht als Problem erkennen, ist keine wirkliche ökologische Wende möglich." Hans Christoph Binswanger.

"Immer dann, wenn es in der ökonomischen Realität anders zugeht, als es die Modelle der Wirtschaftslehrbücher vorschreiben, sollten die Ökonomen, statt in der Rumpelkammer überholter Theorien herumzustöbern, nach den monetären Ursachen der Krise fahnden." So Wil-

helm Hankel.³

Mir kam unangefordert durch die Post das „Rakowski Protokoll über die Vernehmung des Sowjetbotschafters Kristjan Jurjewitsch Rakowskij durch den Beamten der GPU Gabriel G. Kuzmin am 26. Januar 1938 in Moskau“ von Josef Landowsky ins Haus. Auf der Seite 26 ist zu lesen:

„Als die Augen der Geschichtsschreiber und der Masse durch das Geschrei und den Erfolg der Französischen Revolution geblendet waren, das Volk trunken war vom Sieg, den König samt den Privilegierten und aller ihrer Macht gestürzt zu haben, da hatten sie nicht bemerkt, daß eine Handvoll Menschen, schweigsam, vorsichtig, unauffällig sich der wirklichen Macht des Königstums bemächtigt hatten, einer magischen, fast göttlichen Macht, die es besessen hatte, ohne es zu wissen. ...

Kuz.: Was kann diese mythische Macht sein, deren sie sich bemächtigten?

Rak.: Sie nahmen das königliche Privileg, Münzen zu prägen, an sich...“

Ich kann nicht beurteilen, ob das Protokoll echt ist, und ich habe auch inhaltliche Vorbehalte, wenn Rakowskij nahtlos das realexistierende Problem der Zinsfähigkeit des Geldes mit der auch heute noch behaupteten, aber nicht beweisbaren Fähigkeit der Banken, Giralgeld zu schöpfen, verbindet. Aber über eines bin ich mir sicher, daß Revolutionen, Republiken und Regierungen nur deshalb gescheitert sind, weil keine Aufklärung über Wesen und Wirken des Geldes stattgefunden hat.

Klaus Kluge schrieb am 14. April 1989 in der HAZ unter dem Titel „Wie ein Preis zum Politikum wurde“ zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels (wo Ihr Bildnis neben Lenz, Bloch und Schweitzer wiedergegeben wurde) u.a.:

„Worte, das hatte das Dritte Reich gelehrt, können wirken wie Arsen. 'Ja, das Wort ist eine Waffe, die man oft unterschätzt oder auch mißbraucht - mit Worten hantieren ja auch gewissenlose Demagogen, Verleumder und Kriegshetzer', sollte Lew Kopelew in seiner Dankesrede auf die Verleihung des Friedenspreises 1981 sagen.“

Und ich ergänze, das nicht gesprochene aber notwendige Wort hat eine genauso zerstörerische Kraft wie das falsche, lügenhafte und heuchlerische Wort.

In DIE ZEIT Nr. 33 vom 10. 8. 1984 schreibt Nina Grunenberg unter dem Titel „Der knorrige

3 Hier zitiert nach einem Informationsblatt von Helmut Creutz.

Patriarch der Elektronik“ über Heinz Nixdorf u.a.: Einen Hinweis auf das, was ihn zum Ticken gebracht hat, verraten der Name und das Werk eines Mannes, der ihm während seines betriebswirtschaftlichen Studiums zum Aha-Erlebnis wurde: Silvio Gesell, ein heute längst vergessener Sozialrevolutionär, der 1919 der ersten Räterepublik Bayerns als Volksbeauftragter für Finanzen diente und dessen volkswirtschaftliche Lehre ideologisch zwischen der sozialen Marktwirtschaft und dem liberalen Sozialismus liegt. Aus der Lektüre seines Hauptwerks 'Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld' (1949 zum letzten Mal erschienen)⁴ wurde der Student Nixdorf mit Ideen bekannt, die in der Volkswirtschaftslehre als 'interessante Spinnereien' gelten. Besonders das Postulat Gesells, Geld nicht als Wertaufbewahrungsmittel und persönliches Eigentum zu betrachten, sondern als Verpflichtung, Arbeitsplätze zu schaffen und Leute in Lohn und Brot zu bringen, muß auf Nixdorf einen tiefen Eindruck gemacht haben.“ ...

Um auf eine Quelle Nixdorfs Motivation hinzuweisen, ist Nina Grunenberg ausführlich genug auf Gesell eingegangen. Bei dem mangelnden Vorverständnis der Leser der Wochenzeitung DIE ZEIT sah ich mich veranlaßt, in Form eines Leserbriefes Informationen nachzuschicken. Frau Grunenberg antwortete am 24. 8. 1984: ...“vielen Dank für Ihren Leserbrief vom 18. August. Ich hoffe, unsere Leserbrief-Redaktion wird daraus zitieren. Ich jedenfalls habe Ihre Ausführungen über Silvio Gesell auch deshalb mit Gewinn gelesen, weil es in diesem Fall ungewöhnlich schwierig ist, auch nur 'das Gängige' zu finden.“

Von der Leserbriefredaktion erhielt ich dann am 20.9.1984 die Nachricht: ...“Ihr Leserbrief war zum Abdruck vorgesehen, ...“ Nun, es mögen ja einsehbare Gründe vorgelegen haben, aber hätte die zuständige Redaktion, wenn sie wach gewesen wäre, nicht das Thema von sich aus aufgreifen müssen?

Ich habe damals den Kontakt zu Heinz Nixdorf aufgenommen. Am 27. 8. 1984 antwortet er: "Im Interview mit der Zeitung 'Die Zeit' habe ich gern bestätigt, wie sehr mich Silvio Gesell in meinen jungen Jahren beeindruckt hat. ...

Die mutige Einführung der Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard findet in der Praxis keine Parallele. Trotz all der seinerzeitigen Bewunderung für die Lehre Silvio Gesells nehme ich an, daß die Marktwirtschaft 'erhardscher Prägung' auch in der heutigen Zeit durch kein anderes

⁴ Ein Nachdruck ist inzwischen erfolgt. Von einer Gesamtausgabe des Gesellwerkes sind die ersten Bände erschienen. Titel von Autoren, die der Freiwirtschaftsschule direkt oder indirekt zuzuordnen sind, erscheinen laufend.

Wirtschaftssystem mit Erfolg ersetzt werden könnte. Zu den Lehren von Silvio Gesell möchte ich erst wieder Stellung nehmen, wenn es mir gelungen ist, mittels der spärlich vorhandenen Literatur, mir einen einigermaßen guten Überblick zu verschaffen." ...

Nixdorf wurde dann mit Informationen versorgt, die gar nicht so spärlich sind, wie vermutet wird. Vor allem wurde ihm bewußt gemacht, daß die Freiwirtschaftschule eine starke geistige Wurzel der Sozialen Marktwirtschaft ist. Weil diese Wurzel zu früh und überhaupt politisch gekappt wurde, ist die Soziale Marktwirtschaft nie das geworden, was sie der Konzeption nach werden sollte, nämlich eine vom Kapitalismus befreite Marktwirtschaft. Daß unsere heutige Wirtschaft kränkelt und nicht gesunden will, hat also tiefere Ursachen, als die Unfähigkeit von Wirtschaftsministern und Regierungschefs. Aber Nixdorf hat geprüft. Am 12. Juni 1985 schreibt er:

„Die Ratlosigkeit der Politiker von heute,
macht die Arbeiten von Silvio Gesell immer moderner.“

Ich bin davon überzeugt, daß der Bogen von Nixdorfs beruflich-gedanklicher Laufbahn ihn wieder zu seinem Ausgangspunkt - Gesell - zurückgeführt hätte, wäre dieser nicht vorzeitig durch seinen Tod unterbrochen worden. Und zwar ähnlich wie bei dem "Vater der Raumfahrt", Hermann Oberth, dessen freiwirtschaftliches Denken in der FAZ vom 24. 6.1989 von Anatol Johansen hinter „philosophischen Fragen“ versteckt wird.

Es sind nicht nur Spinner und Sektierer, die sich zu Erkenntnissen bekennen, die der Menschheit zu einem wirklichen Fortschritt verhelfen könnten. Hören Sie Altbischof D. Kurt Scharf (aus: Kurt Scharf zu Mose 25, 1-13):

„Als ich als Gemeindepfarrer im April 1933, noch von der 'alten Kirchenleitung', aus der Ackerbürgerstadt Friesack in der Mark nach Oranienburg-Sachsenhausen versetzt wurde, fand ich in Oranienburg nicht nur - am Rande der Stadt - eins der ersten Konzentrationslager vor in einer ehemaligen Brauerei, sondern auch den Ortsteil Oranienburg-Eden, der nach 1918 entstanden war. Das KZ war Symbol der neuen 'Herrschaftsstruktur', der totalen Versklavung des Menschen. Die Siedlung Eden war der Versuch, in einem Modell - zeichenhaft - wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit des Menschen von anonymen oder auch benennbaren Mächten und Personen entgegenzuwirken. Eden war in einer Zeit der Not und des Umbruchs nach dem Ersten Weltkrieg gegründet worden von Anhängern der Bodenreform Adolf Damaschkes, von Silvio Gesell, dem Finanztheoretiker des 'Freilandes' und des 'Freigeldes', aber auch von bibelgläubigen Juden und Christen, die die Anweisungen des mosaischen Gesetzes in unserer

Gegenwart und unserem Lande verwirklichen wollten. Die Thesen der Bodenreform und des Freilandes richteten sich gegen die Bodenspekulation, gegen die unverdienten Gewinne von Besitzern günstig gelegener Grundstücke und die Verarmung breiter, vom Grundbesitz ausgeschlossener, arbeitender Bevölkerungsgruppen, die Thesen des Freigeldes, des 'Schwundgeldes' von Silvio Gesell gegen den Kreditkapitalismus. In der Wirtschaftskrise nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Thesen beider in den Parteien und an den Universitäten leidenschaftlich diskutiert. Wir jungen Studenten, gerade auch wir Theologiestudenten drängten auf ihre Verwirklichung."

Im SPIEGEL vom 17. Juli 1989 kommt der Astrophysiker Peter Kafka in seinem Artikel "Wissenschaft - Opium fürs Volk" (mein Mitstreiter Josef Hüwe machte mich darauf aufmerksam) am Schluß auf Gesell und die Zinsproblematik zu sprechen. Er endet: „Jetzt wollte ich Ihnen nur den Mond madig machen und bin beim Wurm im Geldsystem und Bodenrecht gelandet. Habe ich die Jubiläen durcheinandergeworfen? Zum Teufel mit der Komplexität, den Zusammenhängen, den Abhängigkeiten! Von was allem sollen wir uns denn noch emanzipieren?“ Peter Kafka ist mir erst durch diesen Artikel in mein Bewußtsein getreten. Hätte er auch einen Artikel über Gesell oder das Zinssystem im SPIEGEL untergebracht und nicht nur als Randbemerkung? Ich habe meine Zweifel? Warum gibt es diese Sperre, die Widerstände? Bestehen diese nur in der Einbildung?

Es ist ein langer Brief geworden und dies nur, um Sie zu ermuntern, wesentliche Erkenntnisse in der Zeitung DIE ZEIT vorzustellen und diskutieren zu lassen. Es geht dabei nicht um Personen oder Gruppen (auch wenn es keinen Grund gibt, Gesell zu verleugnen), sondern um Ursachen und Wirkungen, um Problembeschreibungen, -Analysen und -Lösungen. Als Kontaktanschrift nenne ich die FREIWIRTSCHAFTLICHE BIBLIOTHEK - Wissenschaftliches Archiv -, Steenkamp 7, 2930 Varel 2. (heute: D-26316 Varel)
Ich hoffe nicht nur für den Papierkorb geschrieben zu haben und verbleibe mit freundlichen Grüßen.

Tristan Abromeit

Kopien gehen an Altbischof D. Kurt Scharf, Berlin
und an die FREIWIRTSCHAFTLICHE BIBLIOTHEK.
Als Kopien füge ich bei zwei Beiträge von mir, die in den
Loccumer Protokollen (15/84 und 8/87) "Die Zukunft der Ökonomie"
und "Bürgerwille und Parteienherrschaft" veröffentlicht wurden.

--- (Abschrift vom 14. Februar 2003/ TA) ---

Die Zeit

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK • WIRTSCHAFT • HANDEL UND KULTUR

Herrn
Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
3057 Neustadt 1

Dr. Marion Gräfin Dönhoff
2. August 1989

Sehr geehrter Herr Abromeit,

Dank für Ihren Brief, der so viele interessante Anregungen enthält, auf die ich zu meinem Bedauern nicht eingehen kann.

Ich muß für die ZEIT viel auf Reisen sein, sitze meist 10 Stunden täglich am Schreibtisch, um die Berge von Papier zu bewältigen, die hier ankommen, so daß ich mir Korrespondenzen mit einzelnen Lesern leider versagen muß.

Was Ihre Erfahrungen mit einem Leserbrief angeht: In der Redaktion gehen pro Woche ca. 200 Leserbriefe ein. Sie müssen verstehen, daß wir bei dem wenigen Platz, der dafür zur Verfügung steht, nur eine sehr beschränkte Auswahl treffen können.

Mit besten Grüßen

gez. Marion Dönhoff

(Abschrift vom Original / Februar 2003 / TA)

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
3057 Neustadt 1

21. September 1989

Frau
Dr. Marion Gräfin Dönhoff
per.Adr. Zeitverlag
Postfach 106820
2000 Hamburg 1

Mein Schreiben vom 22. Juli 1989 / Ihre Antwort vom 2. August 1989

Sehr geehrte Frau Dönhoff,

daß ich überhaupt eine Antwort auf meinen 10-Seiten-Brief erhalten habe, ist ja - da ich mir vorstellen kann, daß die zu bewältigenden Papierberge Sie arg belasten - ein gewisser Erfolg. Da ich aber nicht als Sammler von Briefen bedeutender Zeitgenossinnen an Sie herangetreten bin, sondern auf dem Hintergrund bestimmter Kenntnisse als mahnender Demokrat, der darauf hinweist, daß es nicht nur die Schuld der Nazis und die Schuld der Demokraten in der Weimarer Republik gab, sondern, daß Schuld auch von den Demokraten in der BRD als Mitglieder der Parlamente, Parteien oder Redaktionen produziert wird.

Da Sie in einem gesegnetem Alter sind, indem der nachdenkliche Mensch sich üblicherweise mit seiner Lebensbilanz befaßt, geht es auch bei meinem Anliegen darum, ob Sie für sich sagen können: „Ich habe keine vermeidbare Schuld auf mich geladen.“ Wenn Sie eine Rentnerin in der Nachbarschaft oder anderswo wären, die sich über mögliche inhaltsleere Tage durch den Konsum von Fernsehunterhaltung hinweg rettet und für Fragen von politischer Schuld gar kein Verständnis hat, brauchte ich einen solchen Satz nicht formulieren. Sie haben aber, ohne daß Sie dazu gezwungen werden, eine wichtige gesellschaftliche Rolle inne und müssen sich daher auch andere Beurteilungsmaßstäbe bzgl. Verantwortung und Schuld gefallen lassen.

Der Gegenstand meines Anliegens ist nicht der "Leserbrief", obwohl dieser medienpolitisch stiefmütterlich behandelt wird. Ich füge eine Kopie meines Offenen Briefes zum Thema „Leserbrief“ vom 1. März 1969 an Herausgeber und Redaktion der Nordsee-Zeitung bei.

Mein langer Brief - der ja kein Zeilenhonorar einbrachte - hatte nur den Zweck, Sie emotional anzutörnen oder intellektuell neugierig zu machen, damit bei der Vielzahl der Informationsreize, denen Sie ausgesetzt sind der Begriff „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“ und die Frage: „Was ist das?“ in Ihr Bewußtsein dringen oder wiederbelebt werden würde.

Wenn ich Ihnen geschrieben hätte, ich könne beweisen, daß dieser oder jener Minister bestochen wurde oder daß in diesem oder jenem Amt Millionen von DM unterschlagen worden seien, dann würden Sie doch Ihre Mitarbeiter in Marsch setzen, um solche Aussagen zu überprüfen und anschließend darüber berichten lassen, wenn die Aussagen zuträfen. Bestechung in der Politik und Unterschlagung im Amt sind aber im Vergleich zur Unterschlagung von Informationen, die beschreiben, wie zahlreiche ökonomische Probleme gelöst werden könnten, eine Lappalie.

Wie hilflos ist doch die heutige Wirtschaftspolitik, wenn man die Diskussion um und die Zustimmung zur Fusion von Daimler-Benz und MBB betrachtet. Im Bundestag läßt die SPD beschwörend gegen die Fusion argumentieren, und auf der Ebene der Stadtstaaten Bremen und Hamburg kann sie aus arbeitsmarktpolitischen Gründen die vorhandenen Möglichkeiten zur Verhinderung der Fusion nicht nutzen. Diese Zwiespältigkeit ist doch in anderer Form auch bei den Koalitionsparteien vorhanden.

So wie ich Sie einschätze ist es Ihnen doch nicht egal:

1. ob die Arbeitslosigkeit in Übereinstimmung mit unseren freiheitlichen und sozialen Idealen aufgelöst werden kann oder nicht;
2. ob die innerstaatliche, in allen Sektoren zunehmende Verschuldung und die korrespondierende Geldvermögenskonzentration zu einem sozialen Sprengstoff heranwächst, der eines Tages nicht mehr beherrschbar, auch diese Republik in die Luft sprengen wird;
3. ob eine Annäherung oder Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten daran scheitert, daß keine Wirtschaftsordnung gefunden wird, die von den Machträgern und Bürgern beider Staaten akzeptiert werden kann;
4. ob der Freiheitsimpuls, der sich in den Staaten des Ostblocks so kräftig rührt, durch ökonomische Probleme erstickt und
5. ob die Welt durch eine bessere internationale Wirtschaftsordnung friedlicher und humaner werden kann.

Zu all diesen Problemkomplexen hat die Freiwirtschaftsschule mit ihrer Konzeption einer Na-

türlichen Wirtschaftsordnung Wesentliches zu sagen. Darüber wäre es ja nicht nur aus demokratischen Überlegungen heraus wichtig und interessant zu berichten, sondern auch aus redaktionellem Ehrgeiz und materiellen Verlegerinteressen heraus. Allein schon die nachfolgenden Fragen würden seitenfüllende, von den Lesern bestimmt gierig aufgenommene Berichte oder Abhandlungen abgeben:

„Warum hat die offizielle Wirtschaftswissenschaft der Freiwirtschaftsschule real im Forschungs- und Lehrbereich keinen Raum gegeben und warum hat die Wirtschaftswissenschaft und in Folge die Wirtschaftspolitik die Freiwirtschaftsschule im psychologischen Sinne verdrängt?“

"Warum hat Helmut Schmidt letztlich lieber sein Scheitern als Bundeskanzler hingenommen, anstatt das freiwirtschaftliche Wissen (von dessen Existenz er bestimmt weiß) zu aktivieren und politisch anzuwenden?" Auch wenn dabei nur herauskommen würde, daß ihm seine eigenen Vorstellungn von Ökonomie im Wege standen, wäre die Frage eine Diskussion wert.

Ob Helmut Schmidt, den ich durchaus schätze, aber die Größe hat, um über seinen eigenen Schatten zu springen, bezweifle ich. Der Mit-Herausgeber der ZEIT wird eine solche Frage sicher als unzulässig zurückweisen.

Es gibt für mich keinen ersichtlichen Grund, daß Sie selbst nicht zur Einsicht kommen können, daß es zu dem hier benannten Themenkomplex einen großen Informations- und Aufklärungsbedarf gibt. Sollte aber - nachdem sich die Einsicht bei Ihnen eingestellt hat - herausstellen, daß Sie daran gehindert werden. Ihrer Einsicht entsprechende Taten folgen zu lassen, dann wissen Sie, daß Ihre persönliche und unsere allgemeine Informations-Freiheit nur eine eingebildete ist. Rosa Luxemburgs berühmter Ausspruch, daß Freiheit immer die Freiheit des anders denkenden ist, hätte dann auch in der ZEIT-Redaktion wie z.B. bisher in der DDR keine Gültigkeit.

Wenn (wie von mir erhofft, ersehnt aber entgegen meinem Realitätsbewußtsein) von den Herausgebern und / oder der Redaktion der ZEIT das Signal auf grün - für freie Fahrt der Information über die Natürliche Wirtschaftsordnung - gestellt wird, kann ich genügend Quellen und auch Leute, die Detailthemen darstellen können, benennen.

Um der Sache, um der Menschen Willen habe ich mit diesem Brief den Papierberg auf ihrem Schreibtisch vergrößert. Ich mußte meine Einschätzung, daß es Ihnen sicher besser bekommen würde, wenn Sie von den täglichen zehn Stunden am Schreibtisch besser fünf den lebendigen Dingen, wie z B den Blumen zuwenden würden, als nachrangig einstufen.

Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen
und warte darauf, daß aus Hamburg Wunder angekündigt werden.

Tristan Abromeit

Anlage: Kopie: Offener Brief an ... Nordsee-Zeitung v. 1.3.69

(Abschrift vom 15. 2. 2003 / TA)

Hinweis: Den Offenen Brief, gebe ich hier nicht wieder, da ich ihn schon an anderer Stelle der Dokumentation hinzugefügt habe und zu letzt in Auszügen in meinem Text „Brüning, Schröder, Lafontaine, Möllemann, die Presse, die Parteien und die Tabus“ verarbeitet habe.)

Pro & Contra

Leserbriefe

Es geht darum, ob Zeitungen Leserbriefe abdrucken sollten als berechtigten, sinnvollen, nützlichen Beitrag zu ihrem Informationsangebot für den Leser.

Pro:

1. Leser sind nicht weniger erfahren und intelligent als Redakteure. Warum sollte man auf ihren Beitrag verzichten?
2. Demokratisches Medienverständnis verlangt nach einem „Feed-back“: Man soll nicht nur in den Wald hineinrufen, sondern auch hören, wie es herausschallt.
3. In einer Zeitung wie der Times gehören die „Briefe an den Chefredakteur“, die gleich neben den Leitartikeln stehen, zum wichtigsten Lese-Angebot.
4. Die Presse würde übermächtig, wenn sie nicht einer gewissen Kontrolle durch die Leser unterworfen würde.
5. Leser wollen auch mal Schreiber sein vor allem, wenn sie sich geärgert haben.
6. Zeitungsredaktionen wünschen sich eine Lesergemeinde, die sie sich schon beinahe als eine Art Großfamilie vorstellen. Leserbriefe sind unentbehrlich, wo eine solche Gemeinsamkeit entstehen können soll.
7. Leser schreiben, ohne Honorar zu erwarten. Es gibt keine billigeren Autoren.

Contra:

1. Es sind ja nicht wirklich „die Leser“, die Leserbriefe schreiben. Es ist immer nur eine kleine Gruppe von geltungsbedürftigen, mißvergnügten, unterbeschäftigten Leuten, die an Zeitungen schreibt.
2. Neben dem spontanen „Feed-back“ gibt es, häufiger, als der Laie meinen mag, die organisierte Leserbrief-Kampagne, die auf Redaktionen oder einzelne Autoren ganz undemokratisch Druck ausüben will.
3. Im „letter to the editor“ nach englischem Vorbild wird nicht nur auf Artikel reagiert, da greifen Leser, oft Leser mit bekannten Namen, von sich aus Fragen zum Zeitgeschehen auf. Auf dem europäischen Kontinent ist derlei nicht üblich.

4. Wie immer eine Leserbrief-Redaktion aus hundert Briefen zehn auswählt und die dann kürzt (sonst könnten es auch keine zehn sein): sie wird zehn Leser mehr oder minder zufriedenstellen um den Preis von neunzig unbefriedigten.
5. Wo von zehn Leserbriefen nur einer, und das in gekürzter Form, abgedruckt werden kann, wird es ohne subjektive Auswahl nicht abgehen und läßt sich Manipulation immer unterstellen.
6. Mit Leserbriefen wird manipuliert. Es soll Redaktionen gegeben haben, die nicht nur unerwünschte Leserbriefe im Papierkorb verschwinden ließen, sondern darüber hinaus sich auch noch erwünschte selber geschrieben haben.
7. Gerade wo ein Leserbrief-Redakteur sich um Fairneß bemüht, wird seine Leserbrief-Seite oft zu einem Abladeplatz von Mißvergnügen und Lobhudelei - das eine, unter Umständen, so wenig repräsentativ wie das andere.

Conclusio:

Ich denke schon, daß die Pro-Argumente stärker wiegen als alle Skepsis, so berechtigt sie auch sein mag. Ich denke aber auch, daß Zeitungsredaktionen gut daran täten, Leserbriefe ernster zu nehmen, als sie im allgemeinen genommen werden. Englische (amerikanische) Zeitungen erscheinen mir da als vorbildlich: Sie haben eine gut besetzte, von den anderen Ressorts völlig unabhängige Leserbrief-Redaktion, die dem Chefredakteur zuarbeitet. Und der allein trägt, wenigstens pro forma, die Verantwortung für die Auswahl; denn die Briefe sind ja, wenigstens pro forma, an ihn persönlich gerichtet. Leo

-- (Abschrift vom Februar 2003 / TA) --

Anmerkung vom 28. 2. 2003:

1. a) Der Platzmangel scheint mir eine Ausrede zu sein. b) Es könnte wenigsten erwähnt werden, zu welchem Thema wieviel Leserbriefe eingegangen sind. c) Die Leserbrief-Redaktion könnte ihre Bewertungskriterien in Kurzform mit Ziffernschlüssel (z.B. 1 bis 10) mitteilen und Woche für Woche eine Statistik veröffentlichen. d) Das Kürzen von Leserbriefen scheint mir mehr eine Berufskrankheit von Redakteuren zu sein, als eine notwendige Straffung des Leserbriefes. d) Das Einbringen von Themen durch Leser wie in den angelsächsischen Zeitungen ist nicht nur nützlich für die Leser, sondern auch für die Redaktionen, weil das ihren Denkgewohnheiten und Denkschablonen entgegenwirkt.

2. Ich verweise auch an dieser Stelle auf meine Ausführungen zum Thema *Zeitung* und *Leserbriefe* in meinem Text „Brüning, Schröder, Lafontaine, Möllemann, die Presse, die Parteien und die Tabus“.